

19.10.2009

Eigentumswohnungen als Armutsfalle

Die Salzburger Wohnbauförderung sei immer noch zu sehr auf Schaffung von Eigentum ausgerichtet, kritisiert die Armutskonferenz und fordert einen klaren Vorrang für Mietwohnungen. Auch Eigentum könne zur Armutsfalle werden, heißt es. Armut kommt oft schneller, als man denkt. Die zurzeit praktizierte Wohnpolitik helfen denjenigen zuwenig, die von Armut bedroht und betroffen sind, bemängelt die Armutskonferenz.

Für die Menschen, die von der Armutskonferenz vertreten werden, ist der Kauf einer Eigentumswohnung kein Thema. Sie brauchen erschwingliche Mietwohnungen. Auch in besonders dramatischen Fällen - etwa nach einer Trennung oder einem Klinikaufenthalt - sind solche Wohnungen oft die einzige Möglichkeit für Betroffene.

Altersvorsorge nur für bestimmte Leute

Gerhard Feichtner von der Armutskonferenz kann daher dem Argument, eine abbezahlte Eigentumswohnung würde vor Armut im Alter schützen, nur für einen ganz bestimmten Personenkreis etwas abgewinnen:

"Wenn es diese stabile Lebenssituation gibt, dann ist das auch ein Stück Altersvorsorge. Es gibt auch die andere Seite, wo das Eigentum zur Armutsfalle wird. Unter gesicherten Verhältnissen können die Menschen das abdecken. Wenn dann der Lebensverlauf ein anderer wird, dann gibt es Probleme."

Verkauf unter Wert oder Versteigerungen

Wenn Scheidung, Unfall oder Arbeitslosigkeit auftreten, dann sei auch für Besitzer von Eigentumswohnungen drohende Armut nicht selten ein Thema. Inge Honisch von der Schuldenberatung sagt, das Argument der Armutsbekämpfung führe oft dazu, dass Menschen unter sehr risikofreudigen Bedingungen und ohne Eigenmittel Eigentumswohnungen kaufen:

"Dann darf also wirklich keine Lebenssituation eintreten, die diese Finanzierungen gefährdet. Viele dieser Eigentumswohnungen müssen dann unter ihrem Wert verkauft werden oder sogar versteigert werden. Der Traum, im Alter die Armut zu verhindern, ist nicht selten schnell geplatzt."

Am Dienstag wird sich die Armutskonferenz in einer Tagung mit der sozialen Frage Wohnen beschäftigen und mit zuständigen Politikern diskutieren.

.....

20.10.2009

Gemeinden: Weniger Gebühren für Arme?

Die Gemeinden schöpfen ihre Möglichkeiten nicht aus, um sozial schwachen Mietern zu niedrigeren Wohnkosten zu verhelfen. Das kritisiert die Salzburger Armutskonferenz, die Dienstag in St. Virgil tagt.

Staffelungen bei Betriebskosten

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer kontert mit einer Studie, die bestätigt, dass kleine Gemeinden die geringsten Wohnkosten aufweisen würden.

Gemeinden könnten zum Beispiel sozial Bedürftigen niedrigere Kanalgebühren verrechnen, schlägt dagegen Inge Honisch von der Salzburger Armutskonferenz vor: *"Das ist ein Beispiel von vielen, wie Gemeinden da Einfluss nehmen könnten. Man könnte das bei den Betriebskosten staffeln."*

Wie passt das zum EU-Recht?

Die soziale Staffelung beispielsweise von Kanalgebühren sei nicht praktikabel und möglicherweise EU-rechtlich bedenklich, sagt Gemeindebundpräsident Mödlhammer.

.....

20.10.2009

Armut: Trotz Krise noch kein rasanter Anstieg

Die Wirtschaftskrise zeige sich in Salzburg noch nicht in einem rasanten Anstieg der Armut. Das beobachtet die Armutskonferenz. Geringere Arbeitslosenunterstützung oder Notstandshilfe würden sich erst in den kommenden Monaten auswirken.

Gang zum Sozialamt wird noch aufgeschoben

Die Armutskonferenz verweist dabei auf einschlägige Erfahrungen von Hilfseinrichtungen. Der Gang zum Sozialamt werde von Betroffenen noch aufgeschoben, vermuten die Armutsexperten. 60.000 im Bundesland armutsgefährdet. Rund 60.000 Salzburgerinnen und Salzburger gelten derzeit als armutsgefährdet, 26.000 Menschen im Bundesland Salzburg leben in akuter Armut. Diese Zahlen aus dem Armutsbericht steigen ständig - auch jetzt in der Wirtschaftskrise, sagt Robert Buggler von der Armutskonferenz:

"Der große Ansturm ist bis jetzt noch ausgeblieben. Wir vermuten, dass das damit zu tun hat, dass momentan noch Ersparnisse aufgebraucht werden. Denn bevor man zum Sozialamt gehen kann, muss man ja seine ganzen Ersparnisse aufbrauchen. Da werden zunächst noch familiäre Reserven ausgenutzt. Erst im Laufe der Zeit werden die Leistungen geringer - Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe. Wir rechnen damit, dass die Zahl von Menschen, die zum Sozialamt gehen, in den kommenden Monaten deutlich steigen wird."

Experte: "Befürchten negative Entwicklung"

Auch, wenn der erhoffte Wirtschaftsaufschwung tatsächlich kommen sollte, rechnet Buggler nicht sofort mit einem Nachlassen der Armut: *"Wir sind da etwas skeptisch - nicht, was die ökonomischen Voraussagen betrifft, das überlassen wir den Experten. Aber wir haben ja auch noch Budgetsanierungen vor uns. Für den Sozialbereich haben wir zum Beispiel die Mitteilung, dass es zwar keine Kürzung gibt, aber auch keine Erhöhung. Wenn man nun davon ausgeht, dass in nächster Zeit mehr Personen das soziale Netz in Anspruch nehmen werden, dann sehen wir da keine sehr positive Entwicklung auf uns zukommen"*, sagt Buggler.

Langzeitarbeitslose mit größtem Armutsrisiko

Das größte Armutsrisiko tragen in Salzburg Langzeitarbeitslose mit 42 Prozent und Alleinerziehende mit 32 Prozent.